



Entmachteter Hass

Ein Kommentar zu den Vorgängen in Ägypten und ihrer Entstellung in deutschen Leitmedien

Heinz Gess

Zitation: Gess, Heinz (2013): *Entmachteter Hass. Ein Kommentar zu den Vorgängen in Ägypten und ihrer Entstellung in deutschen Leitmedien*, in: *Kritiknetz - Zeitschrift für kritische Theorie der Gesellschaft*

© 2013 bei www.kritiknetz.de, Hrsg. Heinz Gess, ISSN 1866-4105

Desaströs ist die Meinungsmache, mit der sich der überwiegende Teil der politischen Klasse und der sich mit dem Kapitalinteresse hierzulande gleichschaltenden Medien auf die Seite der antidemokratischen und extrem antisemitischen Muslimbrüder in Ägypten und seines Ablegers Hamas schlagen. Und doch überrascht diese Parteinahme den aufmerksamen Beobachter der gesellschaftlichen Entwicklung seit der „geistig-moralischen Wende“ (Helmut Kohl 1982) nicht. Denn offensichtlich wie nie zuvor ist: Die „Dialektik der Aufklärung“, der Umschlag der Aufklärung in Gegenaufklärung im Jargon soziologischer oder politischer Aufklärung ist neu wieder wahr geworden. Die mediale Meinungsmache gegen die demokratischen Kräfte in Ägypten und für die Muslimbruderschaft ist nur ein weiterer empirischer Beleg dafür, wie weit dieser Prozess des Umschlags der Aufklärung hierzulande bereits fortgeschritten ist. Mit Phrasen und Forderungen, die dem Repertoire der deutsch-völkischen Ideologie entnommen sein könnten und keineswegs

zufällig an den „Jargon der Eigentlichkeit“ (Adorno)¹ aus den sechziger Jahren erinnern, fallen sie den dort vorhandenen emanzipatorischen Kräften in den Rücken, die unter schwierigen Bedingungen für eine säkular-demokratische Lebensordnung kämpfen, in der die anti-egalitären und antidemokratischen moralischen Vorstellungen der Mehrheitsreligion keine bindende Normierungsmacht mehr über die ganze Bevölkerung besitzen sollen, die in vielen Fragen anders denkt. Stets erscheint es in den hiesigen „Berichten“ so, als seien diejenigen die Übeltäter, die in Ägypten monatelang für die Demokratie auf der Straße gekämpft haben und sich gegenwärtig wieder gegen den Herrschaftsanspruch der autoritären, antidemokratischen Muslimbruderschaft und de-

¹ Theodor W. Adorno (1964) Jargon der Eigentlichkeit. Zur deutschen Ideologie, in: ders.: *Ges. Schriften*, Bd. 6, herausgegeben von Rolf Tiedemann, Frankfurt/Main 1997. S. auch im Kritiknetz: <http://bit.ly/RNVc9l>

ren Sehnsucht nach dem total autoritären islamischen Staat zur Wehr setzen, die Muslimbrüder dagegen, die jeden Dialog nach der Maxime „Sieg oder Untergang“ verweigern, die friedliebenden Opfer. Spiegel Online² erklärte kürzlich in dreister Verkehrung sogar die Demokratiebewegung zum ‚Mob auf der Straße‘, die mit dem Militär gegen den demokratisch gewählten Muslimbruder Mursi *putsche*, ohne auch nur mit einem Wort zu erwähnen, dass die ägyptische Demokratiebewegung, bevor das Militär eingriff, wochenlang auf den Straßen gegen die *Abschaffung der Demokratie* durch Mursi demonstriert hatte. So werden durch die hiesigen Medien die Begriffe systematisch verkehrt. Die anti-islamistische Demokratiebewegung erscheint als wütender Mob und Täter, die antidemokratischen Islamisten, die den autoritären islamischen Gottesstaat mit einem Scheinpar-

lament (s. Iran) wollen, als die wahren Volksdemokraten und Opfer des Mobs der Straße. Die gleichen Politiker und Journalisten, die kein Wort der Kritik gegenüber den islamisch begründeten Diktaturen im Iran und in den Golfstaaten verlieren, mit denen das europäische Kapital sehr profitable Geschäfte macht, oder von nichts wissen, wenn in Tunesien säkulare Politiker auf offener Straße erschossen werden oder in Ägypten Kirchen reihenweise von Muslimbrüdern abgefackelt und Christen drangsaliert werden oder im Iran angebliche Ehebrecher und Gotteslästerer gesteinigt werden, sich auch nicht scheuen, Waffenlieferungen an autoritäre islamische Staaten zu genehmigen, schreien sogleich nach Sanktionen, wenn ausnahmsweise einmal nicht Islamisten bei der Gewaltanwendung dominieren, sondern eine Gegenmacht sich ihnen entgegenstellt, die sich zu wehren weiß. Sie sprechen von einem „Massaker an Muslimbrüdern“, während diese reihenweise Christen und Demokraten massakrieren, wenn sie ihrer nur habhaft werden können, und gäbe es noch Juden in Ägypten, sie wären noch sehr viel schlimmer dran.

2 (Aus Kairo berichtet) Ulrike Putz, Polizeigewalt in Ägypten: Tödlicher Freund und Helfer, in SPIEGEL ONLINE - 17.08.2013

„Unweit der Polizeiwache, in der Brigadegeneral Ehad Fausi an diesem Morgen Hof hält, skandieren Hunderte. "Die Polizei und das Volk sind eine Hand!", ruft die Menge. Nur eins bringt die Versammelten heute gegen die Uniform-träger auf: Die Polizisten hindern den Mob, die Fatah-Moschee im Zentrum Kairo zu stürmen, "Lasst sie uns töten!", ruft die Menge den Sicherheitskräften zu, die das Gotteshaus umringen, in dem sich seit Freitag mehrere hundert Demonstranten verschanzt haben. Es herrscht Pogromstimmung. Doch Fausi, der 450 Mann kommandiert, hat andere Anweisungen gegeben: "Wir haben den Muslimbrüdern ein Ultimatum gestellt", sagt er. Sie hätten bis zum frühen Nachmittag Zeit, doch Fausi hofft sehr, dass die Brüder freiwillig gehen werden.“ Kein Wort bei Ulrike Putz dazu, dass es sich bei den "Demonstranten" um bewaffnete rabiate gewalttätige Muslimbrüder handelte, die, wie man später aus den nachrichten erfuhr, vom Minarett der Moschee aus auf den sogenannten "Mob" schossen. Wer also ist der Mob, wer der Angreifer, wer der sich Verteidigende? Und was überhaupt ist gegen die ägyptische Regierung und ihre Anweisung an die Polizei und das Militär zu sagen, die Moschee und ihre Besatzer gleichwohl zu schützen, um eine gewaltsame Eskalation zu vermeiden?

Den Profit aus dieser Propaganda zogen die Muslimbrüder ziehen. Ihnen floß so die Sympathie der durch die Propaganda Manipulierten zu. Gewinnen kann dadurch am Ende dadurch aber auch das Militär, das die Schwächung der Demokratiebewegung durch die einseitige Parteinahme des Westens möglicherweise tatsächlich zu einem Putsch gegen die Demokratie nutzen wird. Eines Westens, aus dem der Geist der Demokratie und menschlichen Emanzipation - bei formalem Weiterbestehen demokratischer Institutionen - gewichen ist und durch den Umschlag der

Aufklärung in die Apologie der Macht, die Fakt ist oder sein wird, in politische Apathie der Massen umgeschlagen ist. Verlierer aber wird, wenn Westerwelle, Ashton und Co. so weitermachen wie bisher, auf jeden Fall die ägyptische Demokratiebewegung sein. Das wird auch ganz bewusst so in Kauf genommen. Denn nicht die Demokratie zählt bei diesen Damen und Herren, für die sie ein Jargon ist, sondern das Geschäft, der Fortgang der Akkumulation des Kapitals, mit anderen Worten: die Kapitalkonformität der Demokratie.

Die Entwicklung der politischen Beziehungen zwischen der BRD und Ägypten sowie Tunesien spätestens Ende 2011, als sich die wohl organisierten und aus Katar reich finanzierten rackets der Muslimbruderschaft als Profiteure der vom Westen – wie Jahre zuvor schon in Iran – verratenen demokratischen Revolution erwies, legt Zeugnis davon ab. So ließ Westerwelle bereits schon im November 2011 in einem Interview mit der Financial Times Deutschland verlauten, dass die deutsche Regierung „auf Arbeitsebene mit den Islamisten“ verhandle. Westerwelle folgte damit der Empfehlung der „Stiftung für Wissenschaft und Politik“, einer einflussreichen kapitalnahen Agentur für professionelle Politikberatung, die – wie in den letzten Jahrzehnten in solchen Situationen immer – nicht zur politischen und finanziellen Unterstützung demokratischer Kräfte riet, die gegen den autoritären Staat und seine polit-religiösen rackets revoltierten, sondern umgekehrt zum Pakt mit diesen rackets unter dem Etikett des „kritischen Dialogs“ aufforderte. Es sei „keine Option“, die „Muslimbruderschaft zu isolieren“, vielmehr müsse das Misstrauen des

polit-religiösen Rackets des autoritären Staates in „Dialogforen abgebaut“ werden, heißt es dementsprechend in einer Studie dieser Stiftung aus dem Jahre 2007, deren Inhalt sich kurz und bündig so zusammenfassen ließe: Um sich nur ja kein mögliches Geschäft zu verderben, dürfe man weder die autoritär-faschistische Muslimbruderschaft kritisieren noch Demokratie wagen, sondern müsse peinlich genau darauf achten, sich nicht den Mund zu verbrennen. Denn wie die deutsche Erfahrung des vergangenen Jahrhunderts lehrt, seien es meistens diese Kräfte, die aus den Wirren der Transformation ihren Vorteil ziehen, indem sie die Macht ergriffen. Darauf gelte es sich in vorauseilendem Gehorsam frühzeitig einzustellen. Dieser deutschen Lehre aus der Geschichte des letzten Jahrhunderts folgend dienten Merkel und Westerwelle sich dem autoritären Führer der Bruderhorde Ägyptens so bereitwillig an wie keine andere westliche Regierung sonst. Sie empfingen Mursi Anfang des Jahres zu einem offiziellen Staatsbesuch in Berlin, auf dem der Ausbau der ökonomischen und politischen Beziehungen der BRD beschlossen werden sollte, obgleich der politische Prophet des Hasses und ägyptische Führer soeben ein neues Ermächtigungsgesetz erlassen hatte, das ihn zum alleinigen, über Gesetz und Recht stehenden Führer Ägyptens gemacht hatte. Kritik an dieser konformistischen, anti-demokratischen Politik der Bundesregierung, die auf die damals in Ägypten bereits einsetzenden, gegen Mursis antidemokratische Politik vorgehenden Proteste verwies, wurde mit dem hierzulande von der Meinungsmache in solchen Fällen immer neu wieder herangezogenen Gemeinplatz zurückgewiesen, es greife zu kurz, „demokratische Maßstäbe“ für Ägypten anzuset-

zen.³ Wenn aber nach Ansicht deutscher Politiker und ihrer professionellen Berater „demokratische Maßstäbe“ für Ägypten zu kurz greifen, obgleich starke demokratisch-revolutionäre Kräfte in Ägypten sich selber an solchen Maßstäben orientieren, und man lieber mit dem ägyptischen Führer, der das Ermächtigungsgesetz erließ, den Pakt schließen will, kann das nur bedeuten: Man sucht im autoritären politischen Islam einen Bündnispartner zu gewinnen, der marktliberal genug ist, um die Profitinteressen des hiesigen (und nebenher auch des ägyptischen) Kapitals zu bedienen, und gleichzeitig politisch autoritär und repressiv genug, um alle die Bewegung des Kapitalinteresses (etwa durch wirkliche Demokratisierung) störenden Elemente ausschalten zu können.

Dazu ist Demokratie nach der „geistig-moralischen Wende“ (Helmut Kohl 1982) geworden: eine Herrschaftsform zur Abschaffung oder Verhinderung von Demokratie im Jargon der Demokratie, in der sich purer Marktliberalismus versteckt. Verloren gegangen ist das Bewusstsein dafür, dass „Gewinnen“ etwas anderes ist als „Gewinne machen“ und „politische Demokratie behaupten“ etwas anderes ist als sich in „marktkonformer Demokratie“ bequem einrichten und „marktkonform“ zu herrschen. Vergessen ist offensichtlich, dass auch übermächtiges Kapitalinteresse die Demokratie zugrunde richten kann, weil es sich im Ernstfall der Krise einen Dreck darum schert, ob die Akkumulation auf

der Grundlage der Demokratie zustande kommt oder eben nicht, wenn sie nur wieder ins Laufen gebracht wird. (s. 1933 und Folgejahre). Die Demokratie, die sich auf „marktkonforme Demokratie“ reduziert, ist deshalb schon keine politische Demokratie mehr, sondern ist bereits der Beginn ihrer Selbstzerstörung. Sie wird in der Krise offenbar werden. Westliche Politiker, die ihre Politik maßgeblich oder sogar ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Marktkonformität betreiben im vorseilenden Gehorsam gegenüber der vermutlich stärkeren Macht, sind darum in Wahrheit die Totengräber der politischen Demokratie. Politische Demokratie gibt es nur solange, solange sie der Reduktion auf Marktkonformität, die nur ein anderes Wort für Kapitalkonformität ist, widersteht, und es eine kräftige demokratisch-emanzipatorische Widerstandsbewegung gegen diese Reduktion und schleichende Zerstörung der Demokratie gibt. Davon aber ist in der den „Sachzwängen“ ergebenen Volksgemeinschaft mit ihrer Einheitspartei, die sich in mehrere Fraktionen aufteilt, kaum etwas zu bemerken. So erklärt sich auch, dass es hierzulande so wenig emanzipatorischen, radikal-demokratischen Widerstand gegen die autoritären Herrschaftsansprüche von Islamisten gibt und soviel vorseilenden Gehorsam, den man als „Toleranz“ verkauft.

Das Ziel der international agierenden Muslimbrüder ist es, einen total autoritären islamischen Staat zu errichten, in dem allein das Gesetz der Scharia gilt. Dazu wenden sie in Abhängigkeit von den realen Kräfteverhältnissen alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel an: gewaltsame und vorübergehend scheinbar friedliche, so wie es seinerzeit auch die Nazi-Faschisten machten. Sie nahmen

³ Stephan Roll in einer Studie der „Stiftung für Wissenschaft und Politik“, 2012. Stephan Roll ist Mitglied der Forschungsgruppe Naher-/Mittlerer Osten/Afrika der SWP.

1933 an den Wahlen zum Reichstag teil und gewannen sie, obgleich ihr Programm, niedergeschrieben in "Mein Kampf" von Adolf Hitler (1924), explizit in der Abschaffung der Demokratie und der restlosen „Ausschaltung“ der Juden bestand. Waren sie deshalb, weil sie die Wahlen 1933 gewannen, dazu „legitimiert“? Waren sie legitimiert, das Ermächtigungsgesetz von 1933 zu erlassen, mit dem A. Hitler sich über das Gesetz und die Rechtsprechung stellte? Strukturell dasselbe tat Mursi in Ägypten. Er schaffte, kaum gewählt, die soeben gegen das Mubarak Regime von Freiheitskämpfern errungene Demokratie durch Ermächtigungsgesetze sogleich wieder ab und erfüllte damit, was die Muslimbrüder von ihm als ihrem Führer erwarteten. Sie hatten sich während der Kämpfe gegen das Mubarak-Regime und für die Demokratie im Hintergrund gehalten und sich erst in sie eingeschaltet, als absehbar war, dass das alte Regime gestürzt würde, um als einzige gut organisierte Kraft den Aufstand für Demokratie sogleich wieder für die Errichtung eines neuen noch autoritäreren Regimes umzufunktionieren. Müssen die Ägypter das nun genauso tatenlos hinnehmen wie 1933 die Deutschen der Abschaffung der Demokratie tatenlos zusahen, und müssen sie ihrem Führer Mursi wie die Deutschen einst Hitler zujubeln, damit die deutschen Medien zustimmend kommentieren, oder ist es nicht umgekehrt eine schlechterdings nicht verzeihbare Schandtät der Deutschen, dass sie sich so verhielten, wie es nun die deutsche Presse den Ägyptern in selbstgerechtem kollektiven Narzissmus anempfiehlt, ganz so wie es Horkheimer in seiner „Kritik der instrumentellen Vernunft“ als „typisch für unsere gegenwärtige Ära“ beschreibt. Typisch ist danach

nämlich die Manipulation demokratischer Revolten „durch die herrschenden Kräfte der Zivilisation selbst, die Benutzung der Revolte als Mittel zur Verewigung jener Bedingungen, durch welche sie hervorgerufen wird und gegen die sie sich richtet.“⁴

Eine zentrale Voraussetzung für demokratische Verhältnisse in Ägypten ist die Brechung der Vorherrschaft islamistischer Kräfte in Staat und Gesellschaft. Dazu sind zur Zeit anti-islamistische bürgerliche Maßnahmen zum Schutz gegen den Hass und die Gewalt des politisch-religiösen Mobs, der im Bündnis mit der „gelehrten“ religiösen Elite agiert, notwendig. Die pro-islamistische Gegenpropaganda in deutschen Medien, die in diesem Zusammenhang von „Massakern“ an Muslimbrüdern „berichtet“, hat keinerlei Halt in den Tatsachen. Denn nicht die liberalen, demokratischen Kräfte in Ägypten sind verantwortlich für die dortige Eskalation der Gewalt, sondern die Muslimbrüder selbst. Sie schüren den Hass auf alles, was ihnen nicht gleicht, insbesondere auf Christen und Juden, die es in Ägypten (leider) nicht mehr gibt, weil sie samt und sonders nach Israel vertrieben wurden, und verbreiten tödliche Feindschaft angeblich um Gottes (Allahs) willen. Sie sind fanatische Täter, nicht Opfer. Wenn sie aber mal zu Opfern von Gewalt anderer werden, so nur, weil diese anderen sich gegen ihren maßlosen Herrschaftsanspruch und Hass im Namen der ‚einzig wahren Religion‘ mit Recht wehren. Islamisten, nicht aber ihre

⁴ Max Horkheimer, Zur Kritik der instrumentellen Vernunft, in: ders., Gesammelte Werke Bd. 6, S. 107, Frankfurt/Main 1991

Gegner, haben die mehrfachen Aufforderungen zur Räumung der Blockadecamps, die darauf abstellten, die Infrastruktur in Großstädten zu blockieren, provokativ ignoriert, um ihre Macht und Überlegenheit zu demonstrieren. Sie haben die Aufforderungen, die Blockaden aufzugeben und zum friedlichen Dialog zurückzukehren, hasserfüllt zur staatlichen Aggression gegen das „eigene Volk“ von friedliebenden Gläubigen verkehrt, als seien sie das ganze Volk und alle anderen nichts. Sie haben ganz gezielt Märtyrerpropaganda verbreitet, die die aggressive Wut auf alles, was sich ihnen in den Weg stellt, steigern und bis nach Israel ausstrahlen soll in der bösen Erwartung, dass neben den Christen auch die Juden nicht ungeschoren bleiben. Schließlich treten die Muslimbrüder selber überall extrem gewalttätig auf, inszenieren Wutausbrüche („Freitag der Wut“), um alle, die nicht sind wie sie und sich bislang nicht beugten, einzuschüchtern, damit sie am Ende doch vor Angst in die Knie gehen. Doch was in Deutschland, als der Nazi-Mob es genau so machte, klappte, ruft in Ägypten bislang noch umso heftigere Gegenwehr gegen den religiösen Mob hervor. Das ist gut und richtig so! Der Mut der Menschen ist zu bewundern, die sich von den Muslimbrüdern, die glauben, durch Gott selbst legitimiert zu sein, über andere Menschen zu herrschen, nicht länger drangsalieren lassen und die sich mit all ihrer Kraft gegen deren gut organisierte Organisation wehren. Ihn klein zu reden, ist schändlich. Ihn frech ins Gegenteil zu verkehren, wie es Westertelle kürzlich im deutschen Fernsehen tat, und pro-islamistische Propagandalügen zu verbreiten, ist praktizierter Faschismus in der Demokratie.

Theodor W. Adorno hat in den fünfziger Jahren in einer seiner Schriften dem Sinn nach gesagt, dass im post-nazistischen Deutschland mehr als der Faschismus *gegen* die Demokratie der Faschismus *in* der Demokratie, der Faschismus im demokratischen Jargon, zu fürchten sei. Mit dieser Art Faschismus haben wir es derzeit in den Massenmedien hierzulande zu tun, sofern sie im Stil von Spiegel Online (s. oben) pro-islamistische Propaganda betreiben und die demokratische Gegenbewegung zum autoritären Islamismus zum „Mob auf der Strasse“ erklären statt umgekehrt den polit-religiösen Mob als das zu bezeichnen, was er ist, nämlich den Mob, der im stillen Bündnis mit der intellektuell-religiösen Elite und ihren staatlichen Exekutoren, den Mursis, agiert. Dass sich in allen Parteien hierzulande, kein Widerspruch gegen diese verkehrte Darstellung regt, sondern die gesamte politische Klasse dabei einhellig mitmacht, als habe sie der Befehl aus der Führerzentrale erreicht, zeigt nur, dass die Deutschen mentalitätsgeschichtlich mit überwiegender Mehrheit schon wieder dort angekommen sind, wo sie schon einmal angekommen waren, wie die große Weltwirtschaftskrise (ab 1929) es in wenigen Jahren offenbar werden ließ.

Nicht alle Medien sind wie „Spiegel Online“, „Die Süddeutsche“ oder „Die Zeit“, die, seit Helmut Schmidt dort als Herausgeber fungiert, sich in allen Krisensituationen - in trauerter Gemeinsamkeit mit den anderen Leitmedien für Volksaufklärung und Propaganda - auf die Seite von Islamisten, gleich welcher Fraktion, schlug, sie zum antidemokratischen Kampf zur Befreiung ihrer „Kollektiven (islamische) Identität“ von den Fesseln der west-

lichen Zivilisation ermunterte und – selbstverständlich – in alter deutscher Tradition seit Fichte, Wagner und Chamberlain den Juden Israel dafür tadelte, dass er diesem ‚Befreiungskampf‘ der Völker um ihre Identität im Wege steht.⁵ Mitunter gibt es auch mal vereinzelte Lichtblicke, die zeigen, dass man es besser weiß oder doch zumindest wissen könnte, wenn man es nur wissen wollte. So las ich erst kürzlich noch in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung: „Die Maske der Muslimbrüder, die ihnen das Aussehen einer nichtkonfessionellen, nicht den Anderen ausschließenden Gruppierung verleihen sollte, ist gefallen: die Maske derer, die angeblich an den demokratischen Staat glauben. Nun ist ihr wahres Gesicht zum Vorschein gekommen als eine religiöse Gruppierung, die sich nur selbst verherrlicht, die Ägypter verachtet und an der Errichtung eines islamischen Kalifatstaats .. arbeitet.“⁶ Das schreibt Chalid al-Chamissi, ein ägyptischer Demokrat, der in Kairo lebt und bei den Kämpfen dabei war. Doch werden solche Stimmen hierzulande nicht gehört, sollen auch nicht gehört werden. Denn das marktkonforme Interesse, die Hörigkeit gegenüber den kurz-

fristigen Profitinteressen des Kapitals wiegt sehr viel mehr als die politische Wahrheit. Und so machen Westerwelle, Ashton und die EU-Administration abgedichtet gegen alle Erfahrung weiter, bis alles in Scherben fällt und die Demokratiebewegung mit leeren Händen dasteht, verraten von der auf Marktkonformität getrimmten EU-Kommission und der Regierung in Deutschland, so wie schon die Demokratiebewegung im Iran von ihnen vor Jahren um des Geschäftes willen verraten wurde. Und die USA unter der Obama-Administration? Auch sie ist nicht mehr bereit, den Preis für den europäischen Dauererrat der Demokratie um des kurzfristigen Profits willen zu zahlen, sondern macht mittlerweile lieber selber dabei mit, und überwacht im Verein mit den deutschen geheimen Überwachungsdiensten „Verdächtige“, was das Zeug hält. Auch von dieser Seite her also: „Faschismus“, aber nicht ein offener *gegen* die Demokratie gerichteter Faschismus, sondern Faschismus *in* der Demokratie, im demokratischen Jargon angeblich nur zu ihrer Verteidigung, wie ja auch die marktkonforme Verteidigung der Muslimbrüderschaft durch Westerwelle, Ashton und Konsorten angeblich nur der Verteidigung der Demokratie in Ägypten und der Freiheit der christlichen Kopten dient.

⁵ s. Heinz Gess, Der mit den Wölfen heult. Über die deutsche Kumpanei mit dem Islamismus. In: Kritiknetz – Zeitschrift für Kritische Theorie der Gesellschaft. Link: <http://bit.ly/JbIAXn> und andere Aufsätze zu dieser Thematik im Kritiknetz. Ferner: Hartmut Krauss (Hg), Feindbild Islamkritik Wenn die Grenzen zur Verzerrung und Diffamierung überschritten werden, Hintergrundverlag, Osnabrück 2012. Darin insbesondere mein Essay über „kollektive Identität“.

⁶ Chalid al-Chamisi, Ägypten steht am Anfang eines Weges, der nicht für die Gründung eines Rechtsstaates geebnet ist. Bleiben am Ende nur Sehnsucht und Verlust. Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 18 August 2013, Nr. 33, S. 41

Hartmut Krauss kommt in einem Kommentar zur Lage in Ägypten, der mich soeben bei Abfassung dieses meines Kommentar per E-mail erreicht⁷, zu einer identischen Beurtei-

⁷ Eine zentrale Voraussetzung hierfür ist allerdings die Brechung der Vorherrschaft islamistischer Kräfte in Staat und Gesellschaft. In Ägypten jedenfalls

lung des Sachlage. Ich zitiere gerne aus seinem Schreiben, weil ich in dieser Hinsicht eines Sinnes mit ihm bin:

„Es wirft ein bezeichnendes Licht auf die ‚Friedensreligion Islam‘, wenn Massen von „streng gläubigen Muslimen“ direkt von der Moschee zu gewalttätigen Demonstrationen aufbrechen, bislang 40 Kirchen und mehrere Regierungsgebäude anzünden, zahlreiche Menschen massakrieren, die sich ihren martialischen Gewaltaufmärschen entgegenstellen und mit Schnellfeuergewehren von Minaretten besetzter Moscheen wild um sich schießen. Wer so handelt, büßt das Recht ein, sich über die selbst heraufbeschworenen Konsequenzen zu beklagen.“ Und weiter: „In den arabischen Ländern treffen jetzt und für lange Zeit unversöhnliche und nur schwer verhandelbare Gegensätze aufeinander, die auch in Europa über einen langen Zeitraum blutig ausgetragen wurden: Gottesherrschaft und göttliches Gesetz (Scharia) vs. säkulare Lebensordnung und Menschenrechte. Jeder Schritt in die richtige Richtung sollte begrüßt, die breite Ablehnung der Muslimbruderschaft durch große Teile der ägyptischen Bevölkerung wertgeschätzt und larmoyante Protektion der reaktionären Kräfte auf jeden Fall unterlassen werden.“^{8/9}

gehört offenkundig das Aufstellen von antiislamistischen Bürgerwehren dazu, um sich vor der Gewalt der Gottesfanatiker zu schützen.

⁸ Der Kommentar von Hartmut Krauss trägt den Titel „Tage der entmachteten Wut“. Er kam zur richtigen Zeit und hat mir bei der Abfassung meines Kommentars geholfen.

⁹ Wer sich über die antisemitische und antidemokratische Ideologie der Muslimbrüder genauer informieren möchte, dem empfehle ich sehr:

Anlage:

Ein Interview von *Stefan Frank* mit dem Politikwissenschaftler *Wahied Wahdat-Hagh** über den islamistischen Totalitarismus. Wahied Wahdat-Hagh analysiert darin die Situation im Iran und berichtet über den **Genozid an den Bahai**. Dass die Europäer die Führerdiktatur unterstützen, bezeichnet er ebenfalls als schweren Fehler. Siehe S. 10 ff.

Matthias Küntzel: *Djihad und Judenhass, über den neuen antisemitischen Krieg, Ca Ira*, Freiburg 2002, ISBN: 3-924627-06-1
Hartmut Krauss (Hg), *Feindbild Islamkritik Wenn die Grenzen zur Verzerrung und Diffamierung überschritten werden*, Hintergrundverlag, Osnabrück 2012

Der islamistische Totalitarismus – über Antisemitismus, Anti-Bahaismus, Christenverfolgung und geschlechtsspezifische Apartheid in der »Islamischen Republik Iran«

Der Politologe *Wahied Wahdat-Hagh** analysiert die Situation im Iran und berichtet über den Genozid an den Bahai. Dass die Europäer die Führerdiktatur unterstützen, bezeichnet er als schweren Fehler.

INTERVIEW: STEFAN FRANK

Die Ära des iranischen Präsidenten Ahmadinedjad ist zu Ende. Was waren die wichtigsten Entwicklungen in seiner achtjährigen Amtszeit?

Wahied Wahdat-Hagh: Das Land ist ärmer geworden. Die Probleme des Landes sind gewachsen. Iran ist potenziell der Atombombe näher gekommen. Die antisemitische Staatsdoktrin, die in der Ideologie verankert ist, ist deutlicher zum Ausdruck gekommen. Der Iran ist isolierter als vorher.

Was ist aus der grünen Demokratiebewegung von 2009 geworden? Wie fest sitzt das Regime im Sattel?

Dank totalitärer Gesetzgebung, Bassiji und Revolutionsgardisten, Ölgeld und einer fanatischen Schar von Anhängern ist die grüne Demokratiebewegung zerschlagen worden. Die Diktatur sitzt zwar fest im Sattel, aber voraussagen kann man die Geschichte des Iran nicht. Die Bevölkerung hält gegenwärtig still, weil sie weiß, wie die staatliche Antwort sein könnte: Folter und Todesstrafe, Vergewaltigung von Frauen und Kindern in den Gefängnissen.

Vor den jüngsten Parlamentswahlen im Iran schrieben westliche Journalisten von »Moderaten« und »Hardlinern« . Gehen sie bloß dem Teheraner Regime und seiner Demokratiepersiflage auf den Leim, oder gab es tatsächlich Unterschiede zwischen den Kandidaten?

Prinzipiell muss man sagen, dass die Reform-Islamisten und Hardliner beide die totalitäre Diktatur mit unterschiedlichen Methoden stabilisieren wollen. Die elften Präsidentschaftswahlen sahen zwar aus wie Wahlen, aber demokratisch waren sie nicht. »Islamische Wahlen« nennen sie die iranischen Machthaber. Sie dienen lediglich der Mobilisierung der Bevölkerung, sie soll mit ihrer Teilnahme die Diktatur legitimieren. Von 686 Kandidaten, die sich um das Amt des Präsidenten beworben hatten, wurden nur acht zugelassen.

Hassan Rohani ist also keineswegs ein Reform-Islamist?

Nein. Sogar Ex-Präsident Khatami, der ursprünglich dazu aufgerufen hatte, ihn zu wählen, bat vor einigen Tagen Ahmadinedjad, die Reform-Islamisten Mehdi Karoubi und Mir-Hussein Moussavi aus der

Haft zu entlassen, weil dies von Hassan Rohani nicht erwartet werden könne. Rohani war seinerzeit absolut gegen die grüne Bewegung, die sehr bunt war. Auch die Demonstranten der Demokratiebewegung der Jahre 1989 und 1999 hatte er schon als »Verräter« bezeichnet.

Rohani hat sich vorgenommen, die wirtschaftlichen Probleme zu lösen. Kann er das?

Rohani selbst hat kürzlich gesagt, dass kein iranischer Präsident vor dem Amtsantritt mit so großen wirtschaftlichen Problemen konfrontiert gewesen sei, weshalb man die Erwartungen an ihn herunterschrauben solle. Da er im Atomprogramm – das von Revolutionsführer Ali Khamenei definiert wird – auf das Anreicherungsprogramm nicht verzichten will, werden die Sanktionen nicht aufgehoben werden. Die Ursache der sozialen und wirtschaftlichen Probleme des Iran liegen ohnehin viel tiefer. Schon vor den Sanktionen wurden die gesamten Öleinnahmen in das Rüstungs- und Atomprogramm gesteckt, statt dass man sich daran gemacht hätte, soziale Probleme zu lösen.

Was ist mit den Menschenrechten?

Davon will Rohani nichts wissen. Er ist kein Demokrat. Er verteidigt das Strafgesetz und will lediglich Freiheiten im Rahmen der existierenden Strafgesetzgebung – eine Gesetzgebung, die die Todesstrafe für Menschen fordert, die angeblich die nationale Sicherheit des Landes gefährden, wozu auch Frauen- und Menschenrechtler gehören können. Für ihn bedeutet die Ausübung der Scharia-Gesetze die Realisierung der »islamischen Menschenrechte«. Auch die Amputation von Gliedern wird nicht als Folter verstanden, sondern als »Menschenrecht«. Rohani verteidigt die Steinigung, die systematische Verfolgung von Bahai, die Zwangsverschleierung der Frauen oder die Hinrichtung von Homosexuellen. Die Verfassung und die Strafgesetzgebung des Iran stehen diametral entgegengesetzt zu westlichen Vorstellungen von Menschenrechten, und Rohani stellt sie nicht infrage. Er wusste als Mitglied des Obersten Sicherheitsrates seit 1989 höchstwahrscheinlich auch von allen Terroranschlägen, die der Iran im Ausland verübt hat.

Der geistliche Führer Ajatollah Khamenei ist der mächtigste Mann im Iran. Kann er wichtige politische Entscheidungen allein treffen, oder gibt es Personen oder Gruppen, deren Interessen er berücksichtigen muss?

Die »Islamische Republik Iran« ist eine totalitäre Massendiktatur, eine Führerdiktatur, die mit Hilfe von totalitären Organen gestützt wird. Um Khamenei herum sind totalitäre Institutionen, wie der Nationale Sicherheitsrat, in dem Rohani seit über 20 Jahren hohe Posten hat, oder der Wächterrat und persönliche Berater, die ihm natürlich bei seiner Entscheidungsfindung helfen, wenn es etwa darum geht, wer im Ausland mit Hilfe der Hisbollah hingerichtet wird, wo Bomben gelegt werden oder wie

man das Atomprogramm forcieren kann.

Im syrischen Bürgerkrieg unterstützt Teheran das Assad-Regime. Ist das der verzweifelte Versuch eines international isolierten Regimes, einem seiner wenigen Verbündeten beizustehen? Oder stärkt der Iran damit seine Position in der islamischen Welt, wäre demnach also in der Offensive?

Außenpolitisch handelt der Iran rein machtpolitisch und ist bestrebt, die »islamische Revolution« zu exportieren, also den Terrorismus zu finanzieren und Terrororganisationen aufzubauen. Hauptsächlich richtet sich dieser Terrorismus gegen Israel und die Juden, gegen Amerikaner und westliche Soldaten. Beispielsweise hat der Iran jahrzehntelang sunnitische und sogar linke palästinensisch-militante Terrorgruppen finanziert und zu Konferenzen nach Teheran eingeladen, obwohl sie nicht schiitisch waren. Assads Regierung ist auch nur eine alawitische, das heißt eine Abspaltung der Schia. Die Machthaber der »Islamischen Republik Iran« haben aber ein besonderes Problem mit Israel. Es geht hier um nicht weniger als die islamistische Staatsdoktrin. Sie haben die fixe Idee, Jerusalem zu »befreien«. Deswegen würden sie sich vielleicht mit der US-Regierung an einen Tisch setzen, aber niemals mit der israelischen. Sie wollen Israel als Staat nicht akzeptieren, sondern dessen Untergang und Zerstörung. Syrien ist vor diesem Hintergrund für den Iran relevant als ein geostrategisch wichtiges Land für den Export des Terrorismus, eine Militärbasis und Transitland für die Lieferung von Waffen an die libanesische Hisbollah.

Welche Rolle spielen im Iran radikale religiöse Geheimorganisationen wie die Hojjatieh oder klerikale Zentren wie die Universität Qom?

Die Hojjatieh ist eine Anti-Bahai-Gruppe. Sie ist in den diktatorischen Institutionen tief verwurzelt und verankert. Die »University of Religions and Denominations« (URD) in der Stadt Qom, eine islamistische Kaderschmiede, spielt ebenfalls eine schlimme Rolle. Inzwischen ist bekannt geworden, dass das iranische »Ministerium für Erziehung« Lehrer aus dem ganzen Land nach Qom schickt, um diese dort in Anti-Bahai-Propaganda zu unterweisen. Diese Lehrer setzen dann insbesondere Bahai-Schüler unter Druck, damit diese zum Islam konvertieren. Die Bahai International Community (BIC) hat im März 2013 einen neuen Bericht über die Menschenrechtsverletzungen gegen die Bahai im Iran veröffentlicht. Es werden über 300 Fälle dokumentiert, in denen seit 2005 Schüler zur Konversion gezwungen werden sollten. In vielen Fällen wurden Schulkinder dazu aufgefordert, ihre Religion vor der Klasse zu kritisieren und zum Islam zu konvertieren. Schulkinder und ihre Eltern haben oft Angst, über solche Erlebnisse zu berichten, weil sie befürchten müssen, noch mehr öffentlich drangsaliert zu werden. Erschreckenderweise arbeitet die Universität Potsdam mit der URD zusammen, und die Universitätsleitung und der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) verteidigen das auch noch.

Ist die Verfolgung der Bahai in den letzten Jahren verschärft worden?

Seit mehr als drei Jahrzehnten werden die Bahai in der »Islamischen Republik Iran« systematisch verfolgt. Seit 1979 wurden über 200 Bahai hingerichtet, Hunderte wurden inhaftiert und gefoltert. Zehntausende dürfen nicht arbeiten. Bahai dürfen nicht studieren. Die Bahai werden vom islamistischen Regime als eine »häretische Sekte« bezeichnet, obwohl unter Experten fast unumstritten ist, dass sie Anhänger einer neuen Weltreligion sind, die in demokratischen Staaten respektiert wird.

Wie viele iranische Bahai sitzen wegen ihrer Religion im Gefängnis?

Von Anfang 2005 bis Ende 2012 wurden mehr als 660 Bahai verhaftet. Etwa 300 der verhafteten Personen bekamen Gefängnisstrafen. Im März 2013 waren noch etwa 115 Bahai in Haft. Weitere 140 warten auf Gerichtsurteile und etwa 280 Personen warten auf ein Gerichtsverfahren. Seit 2009 gibt es für den landesweiten Kampf gegen »Bahai, Sufis und Teufelsanbeter« sogar ein festes Budget im Staatshaushalt.

Teufelsanbeter?

Ja, als Teufelsanbeter werden vom iranischen Staat beispielsweise Jugendliche bezeichnet, die Heavy-Metal- Musik hören.

Wie äußert sich die Verfolgung der Bahai im Alltag?

Seit 2002 werden die Universitäten streng kontrolliert, damit kein Bahai sich an den Zulassungsprüfungen beteiligen kann. Der Ausschluss von den Hochschulen bleibt eine gängige Praxis. Zwar wurde Ende 2003 erklärt, dass die Religionszugehörigkeit bei den Bewerbungen an den Universitäten keine Rolle spiele. Aber es wurde sehr bald deutlich, dass die Bahai dennoch nicht an den Universitäten studieren können. Denn die Bahai-Religion wird überhaupt nicht als Religion anerkannt. Seit Jahren wurden die Bahai gezwungen, eigene private Universitäten aufzubauen, die Fernstudien auch mit Lehrkräften aus dem Ausland anboten. In den letzten Jahren wurden einheimische Lehrkräfte engagiert, die dem Regime jedoch als Kriminelle gelten. Ein islamisches Revolutionsgericht verurteilte im Oktober 2011 sieben dieser Hochschullehrer zu Haftstrafen zwischen vier und fünf Jahren.

Ist nur die Regierung den Bahai gegenüber feindlich eingestellt oder auch Teile der Bevölkerung?

Die Masse reagiert auf die Hasspropaganda manchmal prompt, immer wieder werden Häuser von Bahai-Familien zerstört oder in Brand gesetzt. Angriffe auf Bahai bleiben straflos. Zu den Tätern gehören übereifrige religiöse Fanatiker, die in den Gefängnissen als Wärter fungieren, Mitglieder der Bas-

sij-Miliz und zivil gekleidete Geheimdienstler, die den Auftrag bekommen, zuzuschlagen und Dissidenten zu erniedrigen. Selbst einfache Bürger beteiligen sich an Angriffen auf Bahai. Es waren die staatlichen »Gewerkschaften«, die forderten, dass zwei Optikerläden, deren Besitzer Bahai waren, geschlossen werden müssten. Auch Kopierläden, die Bahai gehörten, wurden geschlossen. Vor allem Supermärkte sollen die Bahai nicht führen. Denn sie gelten als *najis*, als schmutzig, deswegen sollten Muslime bei ihnen nicht einkaufen. Bahai-Ärzte werden aus den Kliniken vertrieben. Muslime werden eingeschüchtert, um sie zu zwingen, ihren Kontakt mit Bahai abubrechen. Der Hass der Islamisten macht vor den Toten keinen Halt. Viele Friedhöfe der Bahai wurden zerstört, Grabsteine wurden gestohlen, Bäume und Pflanzen ausgerissen.

Manche sprechen von einem Genozid an den Bahai. Ist dieser starke Begriff gerechtfertigt?

Ja. Gemäß dem Römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshofes ist die systematische Verfolgung der Bahai ein Verbrechen gegen die Menschheit. Die dort genannten Kriterien für ein solches Verbrechen lauten: »Verfolgung einer identifizierbaren Gruppe oder Gemeinschaft aus politischen, rassischen, nationalen, ethnischen, kulturellen oder religiösen Gründen, Gründen des Geschlechts ... oder aus anderen nach dem Völkerrecht universell als unzulässig anerkannten Gründen im Zusammenhang mit einer in diesem Absatz genannten Handlung oder einem der Gerichtsbarkeit des Gerichtshofs unterliegenden Verbrechen.« Auch Artikel 6 des Statuts über den Genozid trifft auf das Vorgehen gegen die Bahai zu. Dort heißt es, dass von Genozid immer dann gesprochen werden kann, wenn Mitglieder einer religiösen Gruppe getötet werden, wenn sie körperlich oder psychisch ernsthaft verletzt werden oder wenn die physische Zerstörung von Teilen der Gesellschaft oder ihrer Gesamtheit beabsichtigt wird. In Anbetracht der Tatsache, dass das khomeinistische Regime die Vernichtung der Bahai-Gemeinde im Iran systematisch durchsetzen will, mit Erfolg auch die gesamte administrative Struktur der Gemeinde zerstört und Tausende in ihrem Recht auf Eigentum, Bildung, berufliche Tätigkeit und persönliche Freiheit gänzlich eingeschränkt hat, kann man von einem Genozid sprechen. Denn ein Genozid findet in einem Prozess statt, dem die iranischen Bahai gegenwärtig ausgesetzt sind. Keine andere Minderheit ist einer solchen systematischen Unterdrückung und Verfolgung ausgesetzt, dennoch schauen die europäischen Regierungen tatenlos zu und verfolgen ihre nationalegoistischen Wirtschaftsinteressen.

Wie ist die Situation der Christen, Sunniten und Juden im Iran?

Christen und Juden sind keine einheitlichen Gruppierungen. Die traditionellen Christen und Juden sind unzufrieden, passen sich aber an. Sie verstehen sich primär als Angehörige ihrer jeweiligen Glaubensgemeinschaft, besonders die Juden. Wenn ein Jude sich mit Israel solidarisiert oder wenn ein Muslim Christ wird, ist er gefährdet. Sunniten als eine islamische Gruppierung dürfen weder einen Präsident-

